

Bericht von der Stadtratssitzung vom 23.03.2010

Betreff: Zulässigkeit des Bürgerbegehrens "Altes Krankenhaus"

In einer zweistündigen Debatte über die Zulässigkeit des Bürgerbegehrens Altes Krankenhaus von der Partei Die Grünen hatte die Stadtverwaltung dargestellt von Jurist Jürgen Montag und dem Rechtsberater der Stadt Schweinfurt, Winfried Porsch die der Meinung sind, dass die Informationen auf dem Antragstext des Bürgerbegehrens zum Teil unzutreffend und unvollständig seien, und damit der Bürgerentscheid zum Erhalt des Alten Krankenhauses, der von 2499 Unterzeichner die 6-Prozent-Hürde genommen hat, unzulässig. Sie begründen es z.B. mit dem Hinweis dass der Stadtrat Marc-Dominic Boberg das alte Krankenhaus unter Verweis auf Professoren als Kulturdenkmal dargestellt hat, und nicht darauf hingewiesen hat, dass das Landesamt für Denkmalschutz anderer Meinung sei.

Marc-Dominik Boberg , der das Begehren mit seinem Grünen Stadtratskollegen Roland Schwab initiiert hat, kündigte bei Ablehnung des Bürgerbegehrens eine Klage vor dem Bayerischen Verwaltungsgericht an.

Marc-Dominic Boberg fand es einen unmöglichen Stil, dass die sieben Seiten fassende Beschlussvorlage den Stadtratsmitgliedern erst am Freitagnachmittag zugestellt wurde, da man sich in dieser kurzen Zeit bis zur Sitzung am Dienstagnachmittag nicht damit auseinandersetzen kann.

Die OB Frau Grieser wies den Vorwurf zurück und sagte dass der Stadtrat diesen Zeitraum von 4 Tagen bestimmt hat.

Stefan Funk (CSU) empfahl das Begehren wegen der nachvollziehbaren Beschlussvorlage abzulehnen, zumal die Fragestellung die Bürger "in die Irre führt".

Joachim Schmidl (SPD) stellte fest, dass die SPD hinter dem Gesundheitspark stehe, ein Bürgerbegehren aber als ein Element der Teilnahme für ihn eine höhere Bedeutung hat.

Ulrike Schneider (SWL) spricht das Ungleichgewicht an. M.-D. Boberg kann seinen Anwalt Jochen Hofmann-Hoepfel nicht in der Sitzung dabei haben, und die Stadt SW ist mit 2 Anwälten vertreten.

Unser Fraktionsvorsitzender Frank Firsching stellte klar, dass die Linke hinter dem Gesundheitspark stehe, aber den Bürgerentscheid als wichtiges Gut der Demokratie sehen.

Wir sind für den Abriss des alten Städtischen Krankenhauses, wollen aber die Diskussion politisch führen und glauben dass der Bürger selbst entscheiden kann.

Der Stadtrat lehnte die Zulassung des Bürgerbegehrens mit 27 Ja-Stimmen ab.

Für die Zulassung waren 12 Stadtratsmitglieder (4 Linke, 2 Grüne, 3 SWL und 3 von der SPD).

Betreff: Akteneinsicht in Prüfungen und Entscheidungen zu der und über die Denkmaleigenschaft für das alte städtische Krankenhaus, seitens der zuständigen Personen und Ämter.

Die Grünen verlangten eine Akteneinsicht in alle schriftlichen Stellungnahmen und Unterlagen des Landesamtes für Denkmalpflege, um das Nein der Denkmaleigenschaft des Alten Krankenhauses zu verstehen.

Es gab eine breite Unterstützung für den Antrag der Grünen auf Akteneinsicht von fast allen Parteien.

Unser Fraktionsvorsitzender Frank Firsching sprach von einem in der Geschäftsordnung verbrieftem Recht auf Akteneinsicht.

SPD-Fraktionschef Joachim Schmidl nannte die Akteneinsicht zur Aufklärung wichtig.

SWL-Fraktionsvorsitzender Adi Schön meinte, wenn alles rechtens sei, müsse die Verwaltung auch keine Angst vor einer Akteneinsicht haben.

Kurt Vogel (FBU) sprach sich auch für eine Akteneinsicht aus.

Der CSU-Fraktionsvorsitzende Stefan Funk lehnte das Ansinnen der Grünen vehement ab.

Klaus Rehberger (CSU) warf den Grünen vor, mit ihrem Antrag die Verwaltung vorführen zu wollen.

Als sich eine Mehrheit für den Grünen-Antrag abzeichnete, intervenierte OB Gudrun Grieser und fragte als Sitzungsleiterin nach, um wie viele Seiten es sich eigentlich handele.

Die Antwort von der Verwaltung es sind 5 Seiten. Frau Grieser stellte daraufhin dann einen weitergehenden Antrag diese Papiere für alle Stadträte zu kopieren.

33 der 39 Stadträte stimmten dem Antrag zu.

Betreff: Dringlichkeitsantrag der Linken zum Bündnis 1.Mai

Unserem Dringlichkeitsantrag und der Resolution "Schweinfurt ist bunt, nicht braun! Bündnis für Demokratie und Toleranz, wurde nach einer unsäglichen Debatte von CSU-Stadratsmitgliedern , angeführt von ihrem Fraktionsvorsitzenden Stefan Funk der uns Linke als "Wolf im Schafsfell" bezeichnete, und Frau Lippert die mit Bildung gegen die Nazis vorgehen will und sie der Auffassung sei, dass eine Gegendemonstration gegen die Nazis auch Gefahren berge und Hass erzeuge, wurde erst durch ihre OB und Parteifreundin Gudrun Grieser Einhalt geboten, als Sie ihnen vorgehalten hat, dass der Antrag gar nicht so schlimm sei .

Am Ende stimmten sie dem nur leicht veränderten Antrag einstimmig zu, ich verstehe die Hetze gegen uns Linken der CSU-Stadratsmitglieder nicht.

1. Die Oberbürgermeisterin und die Stadtverwaltung werden gebeten, weiterhin alle rechtlich zulässigen Maßnahmen bis hin zu gerichtlichen Schritten zu ergreifen, um den geplanten Demonstrationzug rechtsextremer Organisationen des so genannten "Nationalen Bündnis 1.Mai" in Schweinfurt zu verhindern.

2. Der Stadtrat der Stadt Schweinfurt unterstützt das Anliegen für das breite gesellschaftliche Bündnis "Gegen den Nazi-Aufmarsch am 1. Mai in Schweinfurt" und erklärt sich mit der Resolution solidarisch, die auf der Gründungsversammlung dieses Bündnisses am 08. Februar gefasst wurde.

Die Stadratsmitglieder stimmten einstimmig unserem Antrag zu.

Carmen Starost